

Pränumerations-Preise:

Für Arad:	
Ganzjährig	12 fl. — kr.
Halbjährig	6 — —
Vierteljährig	3 — —
Mit täglicher Postversendung:	
Ganzjährig	14 fl. — kr.
Halbjährig	7 — —
Vierteljährig	3 — 50

Einzeln Blätter 10 Nkr.

Arader Zeitung.

Redaktion
im Winkel'schen Neugebäude, 1. Etod.
Expeditions- u. Insertions-Bureau:
Hauptplatz, S. Goldschneider's Buchhandlung.
Einsendungen für das „Journal Arad“ u. dgl. werden mit 20 Nkr. die Zeile berechnet.
Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

Nro. 54.

Dienstag den 5. März 1861.

X. Jahrgang.

Generalisirung der Arader Komitats-Kommission.

Arad, 4. März. Die heutige Sitzung wurde vom Herrn Obergespan mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in welcher er seine Freude darüber ausdrückte, daß die Kommissionsmitglieder in so großer Zahl versammelt und die Theilnahme für die öffentlichen Angelegenheiten demnach eine fortwährend lebhaft sei. Er sprach sodann den Wunsch aus, daß die zur Verhandlung kommenden Gegenstände mit reiflicher Ueberlegung, mit Ernst und Würde berathen werden mögen. — Es wurde hierauf das k. Einberufungsschreiben (litera regale) zum Landtage verlesen, worauf Herr Szöke, 2. Vizegespan, den Antrag stellte, die Versammlung möge protokollarisch erklären, daß sie an den diesbezüglich gefaßten Beschlüssen, welche auf den V. Gesekartikeln von 1847/8 basiren, festhalte und erkläre, daß die Deputirten des Komitats sich nicht nach Ofen, sondern nach Pest zum Landtage zu begeben haben. Rósa Ferd. beantragt, die Kommission solle die Pester Stadtrepräsentanz ersuchen, sowohl für die geeigneten Lokalitäten zur Abhaltung des Landtages, als auch für die Unterbringung der Deputirten in Pest Sorge zu tragen und ihr auch einen Beitrag zu den erforderlichen materiellen Mitteln zuzusichern, welcher Antrag von Drmos S., Sanka und Eszmegi unterstützt wird, von letzterem mit dem Bemerkten, daß die Stadt Pest in dieser Beziehung der moralischen Unterstützung sämtlicher Jurisdiktionen des Landes bedarf und daß wir, sowie alle Patrioten, ihr diese Unterstützung schuldig sind. Bürgermeister Török gibt seinen Bedenken gegen die Fassung mehrerer Stellen des Einladungsschreibens Ausdruck. Er hebt hervor, daß die Thronfolge, nämlich: die Abdankung des Kaisers Ferdinand und des Erzherzogs Franz Karl, dann die Thronbesteigung Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. in dem litera regale als Faktum angebeutet seien, während dieselben nach den Gesetzen des Landes durch den Landtag erst ihre Anerkennung finden müßten; ferner daß das Inaugural-Diplom dem Landtag zur Annahme vorgelegt werden soll, während dieses durch den Landtag selbst im Einvernehmen mit der Krone berathen und festgestellt werden müsse. Er glaubt, daß diese gegründeten Bedenken sämtlich zu Protokoll genommen und dies allen Jurisdiktionen des Landes behufs des Meinungs-austausches mitgetheilt werden soll, da die Repräsentationen der Komitate und Städte bisher nur geringen Erfolg gehabt haben. Die Versammlung schloß sich diesem Antrage ohne fernere Diskussion an.

Es wurden sodann mehrere Erlässe der k. ungar. Statthalterei vorgelesen, aus denen wir diejenigen hervorheben, welche für weitere Kreise ein besonderes Interesse beanspruchen. Mit dem ersten sendet die Statthalterei die ihr unterbreiteten und genehmigten Statuten zur Gründung eines Landwirtschaftsvereines im Arader Komitate behufs deren Ausföhrung an Herrn Arzen Csernovics mit dem Bedeuten zurück, daß einer abzuhaltenden Vorversammlung kein Hinderniß im Wege stehe. Ferner wird dem Komitate mitgetheilt, daß der Kronstädter Berg- und Hüttenbau-Gesellschaft die Bewilligung zu den Vorarbeiten einer von Arad längs des Marosthales nach Siebenbürgen zu führenden Eisenbahn erteilt worden sei, und daßelbe ersucht, die Gemeinden, Grundherrschaften und sonstige Private aufzufordern, daß sie diese Gesellschaft in den Vorarbeiten thunlichst unterstützen, was zur Kenntniß genommen wird. — Ein weiterer Erlaß verordnet, daß in dem Falle, als Invaliden eine Anstellung bekommen, dieses dem General-Kommando anzuzeigen sei, damit deren Ruhegehälter zeitweilig eingestellt werden und das Militär-Aerar von unnötigen Lasten verschont werde. Die Mittheilung der hohen Statthalterei, daß Sr. Majestät statt des von diesem Posten zurückgetretenen Grafen Sziráky den Grafen Georg Apponyi zum Juxta Curiae des Landes ernannt habe, wird zur Kenntniß genommen, dagegen den Erlaß der gedachten Stelle, daß der Wohnsitz jener Beamten, welche nicht an den früheren Amtsorten domiciliren, angezeigt werden sollte, mit dem Bemerkten ad acta gelegt, daß die Beamten ihre Befehle nur von dem Komitate zu erhalten und nur diese zu befolgen haben.

Der von dem Herrn Obergespan der h. Statthalterei vorgelegte Voranschlag über die für die neuen Beamten bemessenen Gehälter und sonstigen Bedürfnisse

des Komitats, wird von der erwähnten Stelle mit dem Bemerkten zurückgeschickt, daß die Gehälter zu hoch bemessen und auch die sonstigen Auslagen in zu reichlichem Ausmaße präliminirt seien. Das Komitat wird demnach beauftragt, einen neuen, entsprechend modifizirten Voranschlag zu verfassen und denselben wieder vorzulegen. Gleichzeitig werden für die Bedürfnisse des Komitats neuerlich 10000 Gulden zur Behebung aus der hiesigen Sammlungs-Kassa angewiesen.

Dieser Erlaß rief eine fast zwei Stunden andauernde Debatte hervor, an welcher sich unsere sämtlichen bekannten Redner, namentlich die Herren Baron Simonyi, Szöke, Török, Rósa, Ferd. Eszmegi, Drmos Sándor, Viró Imre sen. und jun., Sanka, Nagy Sándor u. a. m. betheiligten, da hiemit die Lösung solcher Fragen verbunden war, welche in allen bisherigen Sitzungen bereits wiederholt verhandelt wurden, ohne ihre definitive Erledigung gefunden zu haben. Wir wollen den ganzen Gegenstand möglichst kurz zusammenfassen und dann versuchen, die in der heutigen Sitzung hierüber gefaßten Beschlüsse zu formuliren. Schon in der ersten Generalisirung wurde die Deputation entsendet, welche das Budget festzustellen und der Kommission darüber zu berichten hatte, in welcher Weise das Geldverordniß des Komitats vorläufig bis zur definitiven Regelung durch den Landtag sicherzustellen sei. Die Deputation hatte damals drei Wege vorgeschlagen, unter denen die Kommission zu wählen habe: entweder eine Anleihe, oder die Beschaffung der bei den Gemeinden erliegenden, ungeschieden eingehobenen Steuergelder, oder endlich die Einhebung einer Domestikalsteuer auf Grundlage der 1848er Reparation. Die Versammlung entschied sich damals, bekanntlich für die Beschlagnahme der Gemeindegelder und ordnete diese auch an, demzufolge im Komitate circa 24000 fl. mit Verbot belegt wurden. — In der Februarisirung machte der Herr Obergespan die Mittheilung, daß auf sein Einschreiten der Herr Tavernikus aus der hiesigen Sammlungskasse 10000 Gulden für die vorläufigen Bedürfnisse des Komitats angewiesen habe, welche in Form eines Darlehens, das der Herr Obergespan vermittelt, angenommen und demzufolge das Verbot bei den Gemeinden aufgehoben wurde, ohne daß aber zugleich ausgesprochen worden wäre, was nun mit diesen Geldern zu geschehen habe. In Folge dessen haben viele Gemeindevorstände, um jede Verantwortlichkeit für die Aufbewahrung dieser Gelder von sich abzuwälzen, dieselben in die kais. Steuerämter abgeführt, und während in manchen Gemeinden Steuerzahlungen gar nicht mehr angenommen wurden, gab es in anderen manche vorsichtige Leute, die ihre Steuern nach dem Ausmaße des vorigen Jahres einzahlten und diese auch von den Gemeinden in Empfang gestellt wurden. Im Laufe der heutigen über diesen Gegenstand entstandenen Debatte und über den Antrag Simonyi's und Szöke's, daß das Komitat seine Bedürfnisse durch eine Repartition bestreiten, das erhaltene Darlehen von 20,000 Gulden zurückzahlen und demzufolge die Beamten aus eigenen Mitteln besolden soll — da sich mehrere Beamte bisher weigerten, den aus dieser Quelle gestoffenen Gehalt anzunehmen — kamen alle diese durch den Verbot und die Wiederaufhebung desselben entstandenen Uebelstände zur Sprache und wurden die diesfälligen Kommissionsbeschlüsse namentlich durch Viró Imre jun., welcher dieselben als eine Kompromission der Beamten gegenüber dem Landvoll bezeichnete und durch Drmos Sándor, welcher eine klare Instruktion von Seite der Kommission verlangte, scharf gerügt, so daß sich der Herr Obergespan veranlaßt sah, Herrn Viró jun. eine Rüge darüber zu ertheilen, daß er die Beschlüsse der Kommission als „verfehlt“ und „widersprechend“ bezeichnete. Die durch eine Repartition hervorgerufenen Schwierigkeiten machten sich namentlich dadurch geltend, daß auf diejenigen Beträge Rücksicht genommen werden mußte, welche von den Gemeinden bereits abgeführt wurden, oder noch in ihren Kassen erliegen, ferner entstand die Frage, was mit den Geldern zu geschehen habe, die noch jetzt in den Gemeindefassen erliegen und auf welcher Weise die als Darlehen erhaltenen 20,000 Gulden zurückgezahlt werden sollen, dann auf welcher Grundlage das Domestikum reparirt werden soll. Hierüber waren die Ansichten so verschieden und getheilt, daß nachdem der Beschluß schon mehrmals formulirt war, sich noch immer Redner erhoben, welche ihre Bedenken dagegen aussprachen. Insbesondere vertheidigte Drmos Sándor vom Standpunkte des Rechtsgefühls sehr warm die Interessen derjenigen,

welche eine Zahlung bereits geleistet haben, und bevorwortete die Feststellung des Prinzips, daß diese Beträge in die jetzt vom Komitate zu reparirende Steuer jedenfalls imputirt werden mögen, was auch angenommen wurde. Bezüglich der in den Gemeindefassen erliegenden Gelder wurde beschlossen, daß sie nach der in diesen Tagen zu bewerkstelligenden Organisation des Repartitionsrat's jedenfalls in die Komitats-Kasse abzuführen seien.

In der Hauptsache wurden endlich folgende Beschlüsse gefaßt: Unter dem Präsidium des 2. Herrn Vizegespans v. Szöke wird eine Kommission zusammengetreten, welche auf Grund der 1848er Repartition nach dem festgestellten Bedürfnisse des Komitats für die nächsten Monate eine Umlage auf sämtliche Steuerpflichtige des Komitats zu entwerfen und für deren Einhebung Sorge zu tragen haben wird, ohne daß diese Umlage aber den Charakter einer Domestikalsteuer anzunehmen habe, da diese im Jahre 1848 nicht mehr bestanden hat. Das vom Herrn Obergespan empfangene Darlehen wird aus den in den Gemeindefassen vorfindigen Geldern zurückgezahlt und die bereits von den einzelnen Steuerpflichtigen eingezahlten Beträge werden ihnen auf die allgemeine Steuer gutgeschrieben, die jedenfalls vom Landtage früher oder später ausgeschrieben werden wird.

Der von dem Herrn Obergespan der Komitats-Kommission übermachten und von ihm warm empfohlene Anruf der „Ersten ungar. allg. Affekuranz“ zur Versicherung sämtlicher Komitats- und öffentlicher Gebäude bei der heimischen Anstalt, wird unter allgemeiner Zustimmung zur Kenntniß genommen.

Zum Schluß gelangten mehrere Adressen und Zuschriften der Komitate, darunter auch die von Ungoscsa, welche den Komitaten die Deputirten-Instruktion anempfiehlt, zur Vorlesung. Ueber letztere beschloß die Versammlung, daß sie die Ansicht des gedachten Komitats nicht theile.

Die heutige Sitzung schloß erst um 2 Uhr Nachmittags, und hatte sich bis zu deren Beendigung der größere Theil der Kommissions-Mitglieder bereits entfernt. — Wir würden uns daher, indem wir dem vielfach geäußerten Wunsche jener Herren Ausdruck geben, erlauben, darauf anzutragen, daß die Sitzungen in Zukunft statt um 10, um 9 Uhr eröffnet und nach 12 Uhr geschlossen würden, da diese Einrichtung der bei uns schon gewohnten Tafelstunde und den häuslichen Verhältnissen der bei weitem größeren Mehrzahl der Kommissionsmitglieder mehr entsprechen, und dadurch auch den bei der heutigen Sitzung zu Tage getretenen Anspielungen auf Minoritätsbeschlüsse wirksam begegnet würde.

Arad, 4. März. In der Kandidatenliste für die Deputirtenstelle zum nächsten Landtag, welche wir vor Kurzem veröffentlichten, war auch Herr Anton v. Dániel verzeichnet. In einer Zuschrift, mit welcher dieser Herr uns nun heute beehrt, erklärt derselbe, daß er nicht mehr gewillt sei, als Kandidat für die Deputirtenstelle der Stadt Arad aufzutreten und ersucht uns, diesen Entschluß durch unser Blatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, welchem Ersuchen wir hiermit bereitwilligst willfahren.

Das Protest-Protokoll

Der vereinigten Komitate Heves- und Külsözsolnok gegen das Allerhöchste Reskript vom 16. Jänner l. J. hat unter den Kundgebungen der Komitate in den letzten Tagen die größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen, da es am entschiedensten und rückhaltlosesten die Beschwerden des Landes zur Sprache bringt. Die Raumverhältnisse unseres Blattes gestatten es nicht, dieses merkwürdige Aktenstück in seiner ganzen Ausdehnung mitzutheilen, und müssen wir uns darauf beschränken, das Wesentlichste hievon im Auszuge mitzutheilen. Das Protokoll schildert den Verlauf der Ereignisse von 1848 an bis zum 20. Oktober 1860 folgendermaßen:

Anfangs 1848 stiegen schwere trübe Wolken über Wien auf; und weil die Verhältnisse es so verlangten, wurden die bis dahin stets in den Hintergrund gedrängten gerechten, gesetzlichen, und gegen den Willkürvertrag der pragmatischen Sanction nicht im geringsten verstossenden Wünsche der ungarischen Nation am Landtag erfüllt; kaum waren jedoch diese ungarischen Gesetze sanktionirt, als die Flamme des gräßlichen Bürger-

der Krieges gegen uns angefaßt worden ist. Der Bruder mordete den Bruder, der Vater den Sohn! — Ueberall Blut und Verwüstung, und die Nation, welche ihr angegriffenes Leben gegen die Macht der herausfordernden Intrigue verteidigte, und hiedurch genöthigt war, den Kampfplatz zu betreten, wurde als Rebell erklärt, und endlich mit fremder Waffengewalt besiegt. Und was geschah mit der Nation, als sie nun von Jedermann verlassen war? sie wurde sammt ihren unglücklichen Helden in die schrecklichste Lage versetzt. Ihre 1000jährige Verfassung und beglückenden Urgesetze wurden vernichtet, ihre hässlichen Altäre aufgewühlt, ihre treuesten und ausgezeichnetsten Söhne theils hingerichtet, theils in furchtbare ausländische Gefängnisse geschleppt; — ihre gebildetsten Staatsmänner, Pädagogen, Dichter, Schriftsteller und Künstler wurden als gemeine Soldaten eingereiht und den Verfolgungen roher Unteroffiziere preisgegeben. Glücklich, ja tausendfach glücklich war Derjenige, dem als Verwiesenen der langsam tödtende Schmerz zu Theil ward.

Wir haben die Blutzengen der Freiheit im Geheimen beweint und betrauert! die Gefangenen, Eingekerkerten und Landesverwiesenen betrauert und für sie täglich um die Barmherzigkeit Gottes gebetet. Viel, sehr viel litten wir für unsere geliebten unglücklichen Brüder; — endlich hat die Zeit dem Schmerze Abendung gebracht, und wir beruhigen uns einigermaßen in dem Gedanken: daß jeder große Kampf und jede große Idee ihre Opfer verlangt. Wir glaubten, daß der Versöhnungstag bald anbrechen werde, daß die Regierung, die Motive der blutigen Ereignisse endlich erkennend, väterlich derjenigen Nation ihre Rechte bieten wird, welche bis zum Leichtsinne glaubt, hofft und vergißt, und für welche ihre Vergangenheit selbst dann eine erkennliche Rücksicht beansprucht, wenn sie zufällig sich verirren sollte. Allein wir täuschten uns bitter! Die Nation, welche mit der Ruhe der Blutzengen ihre Ketten trug, wurde von Tag zu Tag in schwerere Fesseln geschnitten; von der tausendjährigen Verfassung war keine Spur mehr, unsere Gesetzbücher wurden verworfen, unsere Glaubensbekenntnisse verfolgt, unsere Richter größtentheils aus fremden Ländern gebracht; überall herrschte die deutsche Sprache; mit einem Worte: der Ungar wurde in seinem Vaterlande wasserlos. — Ein einziger unbedeutender Laut des Schmerzes und der Erbitterung, oder die einseitige lügenhafte Anzeige eines geheimen Polizisten hat genügt, damit der Gendarme in unsere Wohnung tretete, und uns enge Fesseln anlegend, in ein entferntes Gefängniß schlepte, in welchem man mehrere Monate hindurch mit uns gar nicht sprach. Ward aber unsere Unschuld auch dort noch erwiesen, so erlangten wir für die mit Unrecht ausgestandenen Schmerzen nirgends Genugthuung. Unser Vermögen wurde konfiszirt oder der Art versteuert, daß wir bereits am Abgrunde der gänzlichen Vernichtung standen.

Durch die vielfältigen Erbs-, Kaufs- und Verkaufszersetzungen, Verzehrungs- und mehrere unter ähnlicher Benennung ausgedachten Steuern wurden wir in so hohem Grade gepreßt, daß der berechnende Besitzer sein Vermögen nicht mehr für das seinige erkannte, nachdem er die traurige Erfahrung gemacht, daß im Wege dieses planmäßigen Systems endlich alles Privateigenthum in den Sädel der Regierung übergeben müsse, — von dieser sündhaften Wirthschaft wurden wir aber erst dann in Kenntniß gesetzt, als die europäische Presse es laut verkündete, daß fremde, treulose Staatsmänner die Früchte unseres Schweiges rauben. Unsere Presse wurde beschränkt, mit Stempel belastet, und derart verfolgt, daß hiedurch die Vertreter unserer Tagespresse in den leidendsten Zustand gerieten. Und wenn bei diesem blutstarrten System die ausgezeichnetsten Söhne unseres Vaterlandes, wie z. B. ein Fürst, der große Schöpfer des „Szózat“, unter des Lebens Lasten und unter bürgerlichen Sorgen verweilend, ein frühzeitiges Grab gefunden, so wurde das Sammeln für die hinterlassenen Waisen unterjagt. Wir waren also derart gedrückt, daß wir nicht einmal Gutes thun konnten; und dies ging von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag so fort in stets wachsender Wucht und Verzweiflung; ist es also ein Wunder, wenn die ungarische Nation das Vertrauen verloren, und mit dem regierenden Hause sich entzweit hat? Derart ging dies von Jahr zu Jahr in so lange fort, bis sich eine Zudersimme am auswärtigen Horizonte erhob, worauf die Sklavenherrschaft erbebt und die riesigen Grabsteiner unterdrückten Völker sich bewegten.

Das Schicksal wollte es, daß für Oesterreich schwere Zeiten herantücken sollten, und sie erfolgten auch, denn das großartige Mailand und die prächtige Lombardei, — dieser beliebte englische Garten des Kaiserstaates — ging verloren. Und als dies verloren war, ging zugleich das allenthalben geachtete Ansehen der österreichischen Waffen verloren, welcher Verlust unserer Meinung nach ein sehr derber war. Und weshalb geschah all dies? Weil das Gefühl der Treue, die Pietät als mächtigste Stütze des Thrones und die Anhänglichkeit mit Gewalt aus dem Herzen der Völker des Kaiserstaates herausgerissen worden ist. — Dieser große, schwere, materielle und moralische Verlust hat

den Herrscher tief erschüttert; und endlich sah er auch ein, daß nur der Regent sich allen, wann immer auftauchenden Stürmen fest entgegenstellen kann, der die Liebe seiner Völker besitzt, und daß man nur auf solche Soldaten mit Erfolg rechnen könne, welche von der Mutterbrust eben solche religiöse Anhänglichkeit für den Regenten eingesogen, wie sie der fanatische Freiheitskämpfer aus dem Reiche der Ideen für die Freiheit schöpft. Er hat erkannt, daß die Begeisterung dessen, der bloß für den Sold kämpft, eben so gering ist, als der Werth seines Soldes; und daß derjenige, welcher seine Christen Söldnern anheimstellt, in den Tagen der Gefahr meistens der Gekränkte ist. Dies erkannte Sr. Majestät und in Erkenntniß der Wahrheit dieser Thatsachen überraschte er uns am 20. Oktober 1860 mit einem kaiserlichen Patente, welches, während es den Bilateralvertrag und die Rechte der pragmatischen Sanction im Prinzip anerkennt, und im Geiste derselben zu handeln verspricht: thatsächlich die Kardinalpunkte derselben verlegt, indem es das Recht über die Geld-, Militär- und sonstige derartige, äußerst wesentliche Staatsangelegenheiten Sr. Majestät vorbehält, welches nicht ausschließlich Ihm, sondern nur in Vereine mit der Nation zukommt.

Den Schlaf bringen wir in der morgigen Nummer.

Vaterländisches.

Jeder Zweifel über das Verbleiben des Baron Bay in seiner Stellung scheint nun behoben zu sein. Der gewöhnlich gut unterrichtete D. Korrespondent des „Pester Lloyd“ schreibt nämlich demselben aus Wien Folgendes:

„Baron Bay bleibt auf seinem Posten, soviel kann ich Ihnen aus verlässlicher Quelle melden, und es müßte Unerwartetes eintreten, damit er vor dem Zusammentritt des ungarischen Landtags seinen Platz verlasse. Es wird also, wie es unserm Verfassungslieben geziemt, die Lösung der zwischen den Zentralisten und Ungarn schwebenden Streitfrage allein durch den Landtag entschieden werden.“

Der Wiener Korrespondent der „Hamb. V. S.“ bespricht ferner gleichfalls die ungarische Frage. Er will nämlich gerüchweise gehört haben, daß Graf Rechberg aus dem Ministerium zu treten beabsichtigt und sucht den Grund davon darin:

daß die eingetretene Wendung in der Gestaltung der innern Fragen die auswärtige und diplomatische Situation Oesterreichs unbedingt zu einer noch prekäreren, als es bereits die bisherige gewesen ist, machen müsse, welche dem Grafen Rechberg seine eigene Stellung und Zukunft wenig rosig erscheinen läßt. Eine möglichst günstige Lösung der venetianischen Frage, sagt er, wie nicht minder die Vereitelung eines Fiascos in der orientalischen Frage, beruhen einzig und allein auf der Voraussetzung einer vollständig gelungenen, vollkommenen Pazifikation Ungarns. Ohne letztere wird Oesterreich eben so gut Venetien einbüßen, so gut es bei der sich täglich rapider entwickelnden orientalischen Frage sich vollständig gelähmt sehen wird. Nach dem Siege der liberalen Zentralisten im Ministerium wird Ungarn trotz, wenn auch vielleicht still bleiben. Diese trotzige Ruhe wird aber eine gefährliche sein, weil sich auf ihr alle Pläne der äußern Feinde Oesterreichs basiren werden. Da wird es selbst schwer werden, gegen Piemont allein Venetien zu verteidigen und, wenn es Noth thut, gegen das auf neue Unternehmungen gegen die Türkei sinnende Rußland militärische Vorsichtsmaßnahmen ergreifen zu wollen.

Der bekannte Etistiker Jényes richtet im „Hirnök“, an die Stimmführer der Wiener zentralistischen Presse folgende Fragen: 1) Glauben und hoffen sie, daß der am 2. April zusammentretende ung. Landtag die publizirten Reichsrathstatute unter den ungarischen Gesetzen aufnehmen und den Reichsrath beschicken werde? 2) Wenn sie dies glauben und hoffen, — gibt es eine einzige Komitats- oder städtische Jurisdiction, ein einziges ungarisches, ein magyarischer oder deutscher Sprache geschriebenes Blatt, daß sie zu diesem Glauben, zu dieser Hoffnung berechtigt hätte? 3) Wenn sie es aber selbst nicht glauben, was können sie bezwecken wollen, wenn sie dennoch auf die Abhaltung des ung. Landtages dringen? Welchen Zweck wollen sie damit erreichen? 4) Sind sie vielleicht überzeugt, daß, wenn der ung. Landtag als Sündenbock hingestellt wird, die europäische öffentliche Meinung sich von den Forderungen Ungarns abmenden werde? 5) Welchen Sinn unterscheidet man jenseits der Leitha der pragmatischen Sanction? 6) Wie definiert man jenseits der Leitha die Gesetzlichkeit? 7) Betrachtet man Ungarn als erobertes Land, das sich auf seine 800jährige Verfassung und Gesetze nicht berufen darf? — Hierauf erwartet Jényes die Antwort, und wenn es noch möglich ist, sagt er, mit geistiger Kraft zu kämpfen, so weisen wir die friedliche Diskussion nicht zurück.

Daraus, daß in Oesterreich jetzt ein konstitutionelles Leben beginnt, heißt es in einem Artikel im „M. D.“, folgt noch keineswegs, daß Ungarn seine alte, durch so viele Feuerproben bewährte Verfassung den neuen österreichischen Institutionen aufopfern soll, welche

der wesentlichen Garantien einer Verfassung entbehren, und ihre Lebensfähigkeit erst erreichen müssen. Wenn es die Ungarn bisher schmerzte, daß ihre Verfassung und die nationale Unabhängigkeit durch den österreichischen Absolutismus gefährdet war, so werden sie gewiß wenig Trost in dem Umstand finden, daß sie ihre Konstitution von nun an durch den Liberalismus und die Verfassung Oesterreichs gefährdet sehen werden. Wenn man übrigens jetzt in Oesterreich nicht mehr mit Ordonanzen regieren wird, so erwarten wir von unsern Nachbarn jenseits der Leitha, daß sie gegen jede im Verordnungswege anbefohlene Aenderung oder Verstümmelung unserer Verfassung, wenn auch aus keinem andern Grunde, so doch im Interesse eigener eben erhaltenen Institutionen, protestiren werden. Denn mit welchem Recht könnten sie ihre Stimme zur Vertheidigung ihrer eigenen Gesetze erheben, wenn sie ihr konstitutionelles Leben mit der Unterstützung einer Institution anfangen, welche die durch so viele Gesetze garantierte Autonomie eines Nachbarlandes mit einem Federstrich aufhebt? —

Graf Deben Széchenyi, der jüngere Sohn des unglücklichen Grafen Stephan, ist, wie der „Wanderer“ mittheilt, im Vereine mit mehreren ungarischen Magnaten um die Bewilligung zur Gründung eines „Reisevereines“ eingeschritten. Der Zweck dieses Vereines besteht darin, befähigte Männer, welche sich mit besonderer Vorliebe irgend einem Zweige der Kunst, der Wissenschaft oder der Industrie gewidmet haben, mit den nöthigen Reisemitteln zu versehen, um ihre Kenntnisse im Auslande zu erweitern und dieselben sodann bei ihrer Heimkehr für Ungarn fruchtbringend zu machen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Interessen des ungarischen Handels gerichtet werden, und die auf Kosten des Vereines Reisenden werden die Aufgabe haben, sich einerseits mit jenen Verbesserungen bekannt zu machen, welche auf dem Gebiete der Industrie und Agrikultur in Ungarn einzuführen wären, andererseits aber neue Absatzquellen für den ungarischen Export zu suchen. Die im ganzen Lande zerstreuten Mitglieder des Vereines würden es sich überdies angelegen sein lassen, hervorragenden Fremden, welche Ungarn besuchen, nicht nur eine freundliche Aufnahme zu bereiten, sondern ihnen auch mit gutem Rathe an die Hand zu gehen. Ausländer kamen bisher selten über Pest hinaus, weil es ihnen an Bekanntschaften fehlte und sie sich in dem weiten Lande nicht zu orientiren vermochten. Tritt der projektirte Reiseverein in's Leben, dann werden sie sich bloß an diesen zu wenden haben, und von ihm mit Empfehlungen nach allen Richtungen hin versehen werden. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß einem so gemeinnützigen Vereine die behörliche Genehmigung mit aller Bereitwilligkeit ertheilt werden wird.

In der Sitzung vom 1. März der Pester Stadtrepräsentanz kam die Eingabe einiger Wähler aus der Josephstadt vor, worin sich dieselben darüber beschwerten, daß sie jüngsthin an einem Abende aus ihrer Wählerversammlung nach Hause gingen und bei dieser Gelegenheit, ihren Kandidaten Királyi Pál leben ließen. Doch kaum waren sie in der Nähe der Polizeiwache gekommen, als sie auch schon von 12 Polizeipostaten mit gefüllten Bajonetten angegriffen und ohne viel Federlesens in die Polizeikaserne abgeführt wurden. Dort angelangt, wurden sie in einem abscheulich schmutzigen Loch eingesperrt, ihrer Uhren, Ringe und Baarschaften entledigt, und — weil der betreffende Polizeikommissär nicht anwesend war, sie daher Niemand verhören konnte — bis zum andern Morgen in Gewahrsam gehalten. Morgens 8 Uhr erschien der Herr Polizeikommissär, der die Sache gleich von der humoristischen Seite aufnahm, indem es sich gar bald ergab, daß die guten Leuten von der Polizeimannschaft verhaftet wurden, weil sie „Eljen Királyi Pál“ riefen, während die Erstere den gleichtönenden Ruf „Eljen Garibaldi“ vernommen zu haben glaubte. Diese tragikomische Beschwärde hatte indeß in der Stadtrepräsentanz eine sehr ernste Debatte, wegen Beseitigung der k. k. Polizeibehörde und ihren Ersatz durch eine Stadtpolizei, zur Folge. Es wurde diesbezüglich sowohl eine Adresse an Sr. Majestät, als die Abordnung einer Deputation an Sr. Erzellenz den Tavernikus beschlossen.

Die Justizkonferenz.

Pest, 1. März. Die heutige Sitzung war reich an Ergebnissen, wir fassen dieselben in Folgendem zusammen: Vorerst gelangte das die Exekution behandelnde Hauptstück des Subkomité-Gutachtens in Betreff des formellen Rechtes zur Verhandlung. Die anwesenden Advokaten, namentlich Széher, wollten durch die möglichste Beschränkung der Rechtsmittel das Verfahren zu Gunsten der Gläubiger beschränken, während einzelne Septembirn ein vorzugeweises Gewicht darauf legten, daß keiner Partei die Möglichkeit entzogen werde, gegen Beschwerden veranlassende Verfügungen die Abhilfe beim höheren Richter zu erlangen. Schließlich wurden denn doch die vom Komité beantragten Bestimmungen, welche ungefähr in der Mitte der beiden Ansichten liegen, mit einigen Kürzungen und Aenderungen angenommen. Ebenso sind die aus Anlaß der beibe-

haltenen Grundbücher beantragten Nachtragsbestimmungen zu unserem 1832/er Verfahren in Fällen der unmittellaren Erbfolge, dann das aus dem 10er Wechselgesetz mit einigen Änderungen übernommene Verfahren bei der Amortisirung verlorener Urkunden genehmigt.

Nachdem solchergestalt die Berathung über die Gerichtsordnung zum Abschlusse gelangte, übergibt die Konferenz zur Reorganisirung der Gerichte. Es wurde hierbei in der Wesenheit vollständig auf den früheren Zustand zurückgegangen. Nach dem gefassten Beschlusse sollen die städtischen Magistrate und Komitatsgerichte, die letztern jedoch mit ständigen gewählten Beisitzern die erste, die königl. Tafel die zweite und das Septemvirat die dritte Instanz bilden. Nur dem Distrikte der Jazygier und Rumanier und den 16 Zipser Städten wurde die Appellation an ihre früheren Distriktsgerichte, von da aber unmittelbar an die Septemviraltafel gestattet. Auch die Restituirung der Tavernikalk- und Personalfähle wurde von Jodor vorgeschlagen, jedoch über die Entgegnung Jivora's und Jabinys, daß den betreffenden Städten hiedurch besondere Kosten und sonstige Nachteile erwachsen u. s. w. abgelehnt. Die Wiedereröffnung der Juristen, wonach die Kurie, gleichwie vormalis in den guten alten Zeiten, nur vier Mal im Jahre zusammentrat, fand ebenfalls viele Anhänger, schließlich siegen jedoch auch in dieser Beziehung die Gegner dieser patriarchalischen Zustände. Dagegen hatte sich gegen den Antrag des Subkomit's, daß auch künftig die Septemvire seine Referate führen sollen, keine Stimme erhoben, Advokat Ledniczy hat selbst bezüglich der 1. Tafel die Erlassung ähnlicher Bestimmungen angeregt; seine Ansicht fand indessen keine Unterstüzung.

Morgen werden wahrscheinlich die übrigen Anträge desselben Subkomit's bezüglich der Kompetenz der Gerichte, der Grundbücher u. s. w. zur Berathung gelangen.

Die Berathung über das Zivilrecht gab ebenfalls zu sehr heftigen Debatten Veranlassung. In jener Sitzung — am 25. Februar — hielt Deák eine längere Rede in deren Verlauf er gewissermaßen ein Glaubensbekenntniß ablegte und die Stellung bezeichnete, welche die Konferenz gegenüber der öffentlichen Meinung einnimmt. Wir entnehmen dieser Rede die folgende prägnanteste Stelle:

„Es wurde hier öfters die Aufgereiztheit der öffentlichen Stimmung erwähnt, welche sich so fest an die alten Gesetze klammert, daß sie keine wesentliche Aenderung acceptire. Das geehrte Mitglied, welches vor mir sprach, hat die Beschuldigung der captatio benevolentiae zurückgewiesen und dabei gesagt, er glaube, daß die Meinung der Nation immer berücksichtigt werden müsse. Ich weiß es nicht, ob Jemand das Wort captatio benevolentiae gebraucht hat. Ich habe mich in den verflochtenen Tagen nicht dieses Ausdrucks bedient, sondern ich habe gesagt, daß auch diese Konferenz theilweise unter der PreSSION der Aufgereiztheit in der öffentlichen Stimmung stehe, und das wird, glaube ich, wenn wir auf die jüngstverflochtenen vier Wochen zurückblicken, Niemand leugnen. Ich habe das Wort PreSSION, Druk für eine Sache, benutzt, welche von einem anderen meiner Kollegen schon erst Pictat benannt wurde, die ich aber nach ihrem wahren Namen doch nicht anders als PreSSION benennen kann.“

Als wir im Namen Sr. Majestät zu dieser Konferenz berufen wurden, verlangte man nicht das von uns; ob die österreichischen Gesetze beizubehalten, oder ob die alten ungarischen Gesetze wieder einzuführen seien? denn der Grundgedanke bei uns und ich glaube, auch bei Sr. Majestät, war die Wiederherstellung der ungarischen Gesetze; sondern man fragte uns: inwiefern und auf welche Art sind die ungarischen Gesetze wieder einführbar, ohne daß die privatrechtlichen Verhältnisse erschüttert würden? Und bezüglich dessen fragte man wieder nicht darum, was wir von der Stimmung im Lande halten, sondern wir wurden um unsere eigene Ansicht und Ueberzeugung gefragt. Wenn ich daher auf diese Frage antworte, so kann ich nicht meine eigene Meinung, welche ich ausdrücke, der Ansicht des einen oder des anderen Municipiums, der Ueberzeugung vieler oder Weniger anpassen, sondern ich muß meiner eigenen Ueberzeugung folgen. Mein Geist steht der Kapazitation offen, ob sie von Vielen oder von Wenigen ausgehe; endlich aber ist es meine Pflicht, die Ueberzeugung, zu der ich gelangte, — sobald ich nicht lügen will, — entschieden als meine Meinung auszusprechen, welche vielleicht früher die von der meinsten abweichende Meinung Anderer war. Ich achte die öffentliche Meinung gleichfalls und ich erkenne ihre Wichtigkeit selbst inmitten der Aufregung. Ich weiß es, daß die staatsrechtlichen Gesetze oft unter der PreSSION der Aufgereiztheit der öffentlichen Stimmung zu Stande kommen. Aber ich halte es für eine Kamilität, wenn die privatrechtlichen Verhältnisse unter einer solchen PreSSION geregelt werden. Bei solchen Gelegenheiten ist die Stimme des einzelnen beschädigten Staatsbürgers viel zu schwach, als daß sie sich im Lärm der Aufregung vernehmbar machen könnte. Ein-

zelne leiden darunter ungerecht, und das Vaterland gewinnt dabei auch nichts.

So wie wir unsere Meinung darüber ausgesprochen haben, daß die vollständige Wiederherstellung der alten Gesetze ohne Abänderungen und ohne Ergänzungen unmöglich sei, ohne zu fragen, ob diese unsere Meinung Anderen gefalle; so werde ich bei jedem einzelnen Gegenstande meine Ansicht über die Frage: ob der auf diesen Gegenstand bezügliche Theil der ungarischen Gesetze ohne Erschütterung der Privatrechte, und ohne Umstüzung unserer demokratischen Institutionen; wie dereinst geführt werden könne, offen aussprechen, wenn auch Andere meine Meinung verdammen sollten; ich werde sie aussprechen, auch wenn ich allein stehen sollte; ich würde dabei meine Forderung bedauern, aber bloß und allein dadurch in meiner Ueberzeugung nicht erschüttert werden. Ich liebe es nicht, Jemandem zu trogen, am allerwenigsten der öffentlichen Meinung; aber ich hätte meine bisherige politische Laufbahn erbärmlich durchwankelt, wenn ich nicht gelernt hätte, dort, wo ich zwischen der öffentlichen Meinung und meinem eigenen Gewissen wählen und mit der ersteren oder mit dem letzteren in Widerspruch gerathen muß, lieber die Vorwürfe der öffentlichen Meinung, als die meines Gewissens zu ertragen.“

Die Unruhen in Warschau.

Warschau, 27. Februar.

Ueber die am 25. Februar in Warschau vorgenommenen Demonstrationen berichten schlesische Blätter folgende interessante Einzelheiten:

Zur Erinnerung an die denkwürdige Schlacht bei Grochow (in der Nähe von Warschau belegen), durch welche im Jahre 1831 die polnische Armee einen bedeutenden Sieg über die Russen davongetragen hat, sollte am 25. Februar auf dem Schlachtfelde ein Gottesdienst abgehalten werden. Da diese Absicht schon viele Wochen vorher der Regierung bekannt geworden war, so soll darüber von Warschau in St. Petersburg angefragt worden sein, um Verhaltungsmaßregeln zu erhalten. Man erzählt sich, der Kaiser Alexander habe hierauf geantwortet, daß den Polen zu beten unbenommen sei, daß aber gehörig überwacht werden möge, damit mit dem intendirten Gottesdienst nicht politische Demonstrationen verbunden würden.

In Folge dieser Bestimmung ließ man die Leute gewähren. Die Polizei und Militärbehörden hatten aber umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen, um etwaige Ruhestörungen sofort niederzujuden.

Am 25. Februar Morgens luden nun Anschlagzettel zur Theilnahme an dem oben erwähnten Gottesdienste ein. Gegen 30,000 Menschen versammelten sich um 6 Uhr Abends auf dem alten Markt, um sich der von dem auf der Freitstraße belegenden Paulinerkloster ausziehenden Prozession anzuschließen. Vorher waren indessen unter dem Kommando eines Generals die angrenzenden Straßen, der alte Markt selbst, mit Artillerie, Kavallerie und Infanterie stark besetzt worden. Dem Aufzuge der sich versammelnden Menge wurde kein Hinderniß in den Weg gelegt. Um halb 7 Uhr setzte sich, wie oben bemerkt, vom Paulinerkloster aus, unter dem Lärmen der Glocken, die Prozession in Bewegung. Von einer größeren Anzahl Fackelträger; ihnen folgten die Kirchenmänner und unter diesen eine große reihe Fahne mit dem polnischen weißen Adler. Ein einmüthiger Freudenruf begrüßte dies Zeichen, worauf der Ruf erscholl: Beten! Die ganze versammelte Menge warf sich zu Boden und verrichtete ein etwa 5 Minuten langes Gebet. Hierauf sollte sich der Zug wiederum in Bewegung setzen. Da erlöste Seitens des Militärbesehlshabers das Kommando: Wert Vorwärts, und eine Abtheilung schwerer Reiter sprengte in die dichtgedrängten Menschenmassen ein. Da diese dem Andränge der Kavallerie nicht sofort zu weichen im Stande waren, so wurde von der klanften Waffe Gebrauch gemacht und in die wehrlosen Massen eingeschauen. Man erzählt, daß eine Menge Verwundungen und auch einige Todesfälle vorgekommen sein sollen. Das letztere ist nicht verbürgt. Der Ober-Polizeimeister, welcher den Befehl zum Vorwärtsgen der Truppen gegeben haben soll, wurde von der aufgeregten Menge mit Straßenschloß beworfen, und wie man wissen will, aus dem Wagen gerissen und stark beschädigt.

Die Läden, die öffentlichen Lokale, die Nemter — sonst bis spät in die Nacht geöffnet — wurden in der inneren Stadt größtentheils sofort geschlossen und an mehreren Stellen Militärwagen, sowie an den Straßenecken Polizeiwachen aufgestellt. Die Abendigung des landwirthschaftlichen Zentralvereins, sonst täglich bis nach 10 Uhr in Thätigkeit, wurde schon um 8 Uhr geschlossen. Am folgenden Tage erschien eine Proklamation der Polizei, welche vor allen Demonstrationen in der schärfsten Weise abmahnte.

28. Februar.

Der Statthalter (Namiestnik) hat gestern Abend eine Bürgerdeputation um 10 Uhr Audienz ertheilt und strenge Unteruchung der Schulden verprochen. Der Oberst, welcher den Befehl auf das Volk zu schießen ertheilt, ist verhaftet und vor's Kriegsgericht ge-

stellt. Der Polizeimeister Trepow entlassen. Die Peitschen der Gefallenen sind im Saale des Hotel d'Europe ausgestellt. Das Militär ist in den Kasernen konigirt. Die Bürger haften für die Erhaltung der Ruhe. Eine Adresse an den Kaiser ist von mehreren Tausend Bürgern unterzeichnet. Alle Damen und Herren, tragen Hler auf den Hüften und sind schwarz gekleidet.

Der Bürgerausschuß fordert heute die Bewohner auf, sich ruhig zu verhalten; gleichzeitig erscheint eine Proklamation des Statthalters, die zur Ordnung und Ruhe aräth und Strafe den Schuldigen verspricht. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Bür,er! Ihr kennt mich seit 30 Jahren, die ich in Eurer Mitte lebe und die Vergangenheit muß Euch Bürgschaft geben für die Redlichkeit meiner Versprechungen und Absichten.“ — Sonnabend um 10 Uhr findet das Leichenbegängniß der Gefallenen statt.

Warschau, 1. März. Die Pnyhognomie der Stadt ist äußerst düster. Alles trägt Trauerkleider. Morgen findet die feierliche Beerdigung der Gefallenen statt. Der Bürger-Sicherheits-Ausschuß bittet, die Ruhe anrecht zu erhalten. Gortischakoff ermahnt zur Ordnung und ermahnt an die genossene dreißigjährige Gerechtigkeit; er gab den Deputirten des Argonomen-Vereins beruhigende Zusicherungen. Oberpolizeimeister Trepow ist verwundet und wird durch Oberst Demonca ersetzt. Die Stadt sendet eine Adresse an den Kaiser.

Paris, 27. Februar. (Mirès). Es war schon von dem Briefe die Rede, welchen Herr Mirès kurz vor seiner Verhaftung an den Kaiser geschrieben hat und worin er mit allerlei Enthüllungen gedroht haben soll. Wie nun der „N. N. Zg.“ aus mehreren Quellen mitgetheilt wird, von denen eine Anspruch auf ungewöhnliche Kenntniß der Verhältnisse und Zuverlässigkeit machen könnte, war die Antwort auf diesen Brief eben seine Verhaftung, und aus Vorsicht sitzt er in der strengsten Abgeschlossenheit, aus Vorsicht wurde die Prüfung seiner Papiere Personen anvertraut, welche von der Regierung unheimlich abhängig sind.

Paris, 2. März. In der gestrigen Staats-Sitzung drückte der Prinz Napoleon seine Verwunderung über die Heftigkeit der Diskussion aus. Er nennt die Rede Larocchiaquelin's eine Broschüre, hervorgegangen aus einem legitimen kirchlichen Concilium. Es gibt Angriffe — fährt der Prinz fort — welche zur Eore gereichen. Ich überlasse die Antwort dem italienischen Patriotismus und den 200,000 Soldaten, welche mit dem Kaiser den Feldzug in Italien mitgemacht haben. Sie, meine Herren, werden nicht zugeben, daß die öffentliche Meinung geküßelt werde. Wir sind nicht die Repräsentanten der Reaktion, sondern die Repräsentanten der modernen Gesellschaften. Die Völker irren sich nicht, wenn sie auf Napoleon III. zählen, welcher seine Mission nicht verlassen wird. Man darf das Mitleid des Kaisers nicht mit Sympathie verwechseln. Unsere Sympathien sind für die ruhmvolle Sache Italiens. Der Prinz billigt, daß Dekret die Mitglieder königlicher Familien brandmarkt, welche in schmerzlichen Augenblicken die Häupter der Dynastie verriethen. Wollte Dekret eine Anspielung machen, so nehme er diese auf, denn sie fällt auf die Familie Bourbon. Es gibt Regentenfamilien, bei denen Verschwiegenheit der Ansichten in glücklichen Zeiten entsetzt, wo man aber bei einer Gefahr einen einzigen Band (fascicau) formirt. Sollte für die kaiserliche Familie eine Gefahr entstehen, so wird die Geschichte keine solche Beispiele verzeichnen, wie wir sie im Hause der Bourbonen finden. Die Napoleons werden nur Einen ausmachen.

Prinz Napoleon vertheidigt sodann die Allianz mit England, nicht jene mit dem Ministerium, sondern die mit dem großen, freimüthigen englischen Volke, jene Allianz, mit welcher wir die großen Prinzipien der Freiheit und des Fortschrittes vertheidigen können.

Er rechtfertigt sodann die Politik der Piemontesen und sagt: Die Einheit Italiens ist für Frankreich vortheilhaft, Italien ist der natürliche Allirte Frankreichs. Der Prinz widmet sodann Venedig einige Worte der Sympathie, betrachtet aber einen Angriff auf dasselbe als unzeitig und belagendwerth. Er sieht voraus, das geeinigte Italien werde bald Rom zur Hauptstadt verlangen. Die Schwierigkeit dagegen liegt darin, die Unabhängigkeit des Papstes zu sichern, denn der heilige Vater könne nicht Untertan eines anderen Souveräns werden. Wenn man dem Papste die rechte Seite der Stadt Rom sichern würde, mit einer Besatzung und einem durch die Mächte garantirten Budget, so wäre die Unabhängigkeit des Papstes gewahrt. — Er (der Prinz Napoleon) sei durchaus gegen die Vereinigung der weltlichen Macht mit der geistlichen, welche einen Gewissenszwang veranlassen würde.

Tagesneuigkeiten.

Ueber die Deputirten-Wahlbewegung in Pest schreibt die „P. D. Ztg.“: Je weniger sich die Bürger um die Wahlen bekümmern, desto rühriger sind die Kompetenten in Pest selbst und deren Werber. Während „P. Kapló“ schreibt, daß in der Josephstadt hin-

sichtlich der Kandidaten Virg. Szilágyi und P. Királyi der nüchternere Theil sich für Letzteren erklärt habe, behauptet „Pesti Hírnap“ gerade das Gegenheil und zwar mit Datum und Unterschrift schwarz auf weiß. In der Theresienstadt hat man Gerovó schon förmlich als Deputirten gebuhligt, während die andere Hälfte noch immer für Gráffy arbeitet. Für die Leopoldstadt war Jean V. Szalay, der Geschichtschreiber, designirt, während man jetzt für diesen Stadttheil doch eine Hauptkandidatur für notwendig hält, also auch Szalay einen harten Kampf zu bestehen haben wird. Nach dem Bisherigen zu urtheilen, dürften daher außer den schon besonnenen älteren Kapazitäten viele Nemter, mehrere Advokaten, wenig Spezialitäten und noch weniger Bürger auf dem Vortage erscheinen und daher schwerlich alle jetzt in Betracht kommenden Interessen vertreten werden, demnach der „Sürgöny“ wohl Recht haben kann, wenn er sagt: „unter solchen Umständen ist nicht die Frage: wie ein Landtag? sondern die viel wichtiger: wie wird derselbe sein?“

Ans Jászberény wird dem „M. D.“ geschrieben, daß der dortige Honvéd-Unterstützungsverein und die städtische Behörde wegen der spät eingelaufenen Einladungen und wegen der schlechten Straßen bei dem Trauergettedienst, welcher in Erlau für die in der Schlacht bei Kápolna Gefallenen abgehalten werden sollte, korporativ nicht vertreten sein konnten. Deshalb wurde in der Jászberényer Hauptkirche am 27. Februar Vormittags um 10 Uhr für die Opfer jener Schlacht ein feierlicher und glänzender Trauergettedienst gehalten. Es machte auf die Anwesenden, die aus allen Schichten der Bevölkerung sehr zahlreich und meist in Trauer gekleidet erschienen waren, einen tiefen Eindruck, als die ehemaligen Honvédoffiziere, welche neben dem Katafalk in zwei Reihen standen, das Szózat anstimmten, und nachdem die Klänge des von alten Anwesenden angestimmten patriotischen Gesanges verhallt waren, neben dem Katafalk auf die Knie sanken und für die Gefallenen ein stilles Gebet verrichteten.

Der Oberbánscher Löw in Szegedin richtet ein Schreiben an „Magy. Dsk.“, worin er sich Namens seiner Glaubensgenossen beklagt, daß die Stadt Szegedin den vom katholischen Bischof (Kreuzminger heißt dieser Ehrenmann!) gestellten Antrag, den Israeliten (pinski) der nächsten Deputirtenwahl mindestens das haffige Wahlrecht zuzuräumen — nicht genehmigte.

Verlärterte Honvéd-Versammlung. In Szathmár sollte am 27. v. M. eine Versammlung zur Gründung eines Honvédvereins stattfinden, insofern hat „M. D.“ erzählt, der dort garnisirende k. k. Major Beneke dem gewesenen Honvédoffizier Mányi — als seinem Bekannten — die Mittheilung zuzunehmen lassen, an der Versammlung nicht Theil zu nehmen, weil ein Befehl zur Verhaftung der versammelten Honvéds gekommen sei.

Ueber die Umstände, unter welchen der Tod Petöfi's im Jahre 1849 erfolgte, wird der „M. Sajto“ von glaubwürdiger Seite aus Pestéregyháza Folgendes berichtet: Seit einiger Zeit schreiben die Blätter Vieles über den Umstand, was aus dem gefeierten nationalen Dichter Alexander Petöfi geworden. Ich kann es nicht unterlassen, Sie davon zu benachrichtigen, daß Petöfi mit mehreren unserer Kameraden auf dem Schlachtfelde von Pestéregyháza und nicht vor Schäßburg unter solchen Umständen zurückblieb, daß ein Entzinnen für die Unglücklichen unmöglich war; aber sie gerietten auch nicht als Gefangene in die Hand des Feindes, der seinen Parton gab, sondern diejenigen, die nicht entfliehen konnten, einzeln niedermachte. Petöfi ging zu Fuß hinter unsern Kanonen und im Rücken vom Feinde umzingelt, war es ihm unmöglich, das Schlachtfeld zu verlassen. Nach der Schlacht haben die Russen keinen einzigen Gefangenen nach Schäßburg eingebracht, nur Vormittags vor Beginn des Kampfes wurden eingefangene Honvéds dahin transportirt. Meine Frau blieb in Schäßburg zurück, und so weit es ihr, als einer Honvédgattin, möglich war, bemühte sie sich, die Theilnahme der Sachen für die wenigen gefangenen Ungara zu erwecken, und über das, was geschah, die geringsten Einzelheiten in Erfahrung zu bringen, aber den Namen Petöfi's hat sie nirgends nennen gehört. Gewiß ist es, daß er nicht in Gefangenschaft gerieth, vom Schlachtfelde zu entinnen war jedoch eine physische Unmöglichkeit. Dem hatte einen gewandten Sekretär, Kamás Kurz, den wir vor der Revolution von seiner literarischen Thätigkeit konnten. Auch dieser wurde von den Russen umzingelt, und in der Nähe Sándor's stürzte er sammt dem Sattel vom Pferde. Seitdem mußten wir von ihm so wenig, als von Petöfi; Beiden war die Rettung unmöglich. An den Marken meiner Besetzung deckt ein Hügel die Leichen jener Honvéds, die in der stenkündigen Schlacht für die Freiheit unfer's Vaterlandes gefallen. Alles bestätigt den Umstand, daß auch Petöfi Sándor unter ihnen ruht. Friede seiner Asche!

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchsten Entschlihung vom 25. Februar d. J. den Feldzeuemeister Ludwig Ritter v. Benedek in seiner gegenwärtigen Anstellung als Kommandant

